

P R E S S E M I T T E I L U N G

Nr.
13.01.2006

Institut für Sexualwissenschaften muss Arbeit ermöglicht bleiben

Äußerungen des Vizepräsidenten Bereiter-Hahn müssen richtig gestellt werden

Das Institut für Sexualwissenschaften muss weiterhin von der Universität getragen werden. "Die Entscheidung des Fachbereichsrates Medizin das Institut nur noch zu erhalten, wenn die Hälfte der Gelder aus Drittmitteln komme, ist schlicht inakzeptabel", so Sarah Sorge, wissenschaftspolitische Sprecherin von Bündnis 90/Die Grünen im Hessischen Landtag. Die prekäre Finanzlage der Hochschulen in Hessen zwingt die Universitäten und Fachhochschulen zu immer unsinnigeren Streichungen. Da eine Professur nur dann gestrichen werden kann, wenn sie nicht durch einen Amtsinhaber besetzt ist, fallen die Streichungen sehr willkürlich aus. Die Stelle, die zufällig wegen der Pension oder Weggang eines Professors unbesetzt ist, fällt dann dem Rotstift zum Opfer.

"Dieses Verfahren ist weit davon entfernt, planvoll genannt zu werden", so Sarah Sorge. Schuld an dieser Misere ist die CDU-Landesregierung. Die Landesregierung behauptet genauso wie Bündnis 90/Die Grünen im Hessischen Landtag für eine weitreichende Autonomie der Hochschulen einzutreten. Es wird jedoch immer klarer, dass die Autonomievorstellungen des Wissenschaftsminister Corts nicht mit denen der GRÜNEN übereinstimmt. Scheinbar begreift die Landesregierung Autonomie nämlich als völliges Desinteresse gegenüber der Entwicklung der Hochschulen in Hessen. "Eine solche Autonomievorstellung lehnen wir ab."

"Wissenschaftsminister Corts darf die Hochschulen nicht länger alleine lassen", so Sorge. Das Institut für Sexualwissenschaften ist eines der renommiertesten weltweit. Sowohl in der medizinischen Forschung als auch in der Forschung zur Geschichte der Sexualforschung ist das Institut für Sexualwissenschaften spitze! Die Entscheidung über das Wohl und Wehe allein dem Fachbereich Medizin zu überlassen ist verantwortungslos. Hier müssen der Wissenschaftsminister und das Präsidium der Universität eingreifen.

Völlig inakzeptabel sind indes die Äußerungen des Vizepräsidenten der Goethe-Universität, Prof. Bereiter-Hahn, dass Gruppierungen von Menschen, deren Sexualität nicht im Normbereich liege, das Institut finanzieren müssen. Die Ansicht, kranke Menschen müssten für die Erforschung ihrer Erkrankung selbst aufkommen, ist absurd. Abgesehen davon beschäftigt sich das Institut auch mit der Erforschung von nicht krankhaften Sexualverhalten. Diese pauschal als "nicht im Normbereich" liegend zu bezeichnen, grenzt an Beleidigung. "Ich fordere den Vizepräsidenten dazu auf, diese Äußerungen richtig zu stellen", so Sorge abschließend.